

Der Wechsel im Bürgermeisteramt nach 10 Jahren ist Anlaß für eine kritische haushaltstechnische Rückschau.

Der größte Ausgabeposten in Form der Kreisumlage steigt in diesem Jahr auf 11,5 Mio. nach 7,5 Mio in 2005, ist aber von uns nicht zu beeinflussen. Der größte von uns zu beeinflussende Posten sind die Personalausgaben. Hier konnte in den vergangenen 10 Jahren mehr als jede fünfte Stelle eingespart werden, dadurch blieben die Personalkosten in etwa konstant bei knapp 6 Mio. incl. Versorgungsaufwendungen für Pensionen etc.. Trotz großer Investitionen in die Innenstadt konnte die langfristige Verschuldung um rund 5 Mio. gesenkt werden. Zur Einsparung von Ressourcen arbeiten wir interkommunal mit den Nachbarstädten zusammen. Haushaltstechnisch konnten wir gleichzeitig ein Abrutschen in die Haushaltssicherung verhindern und damit unsere Eigenständigkeit wahren. Soweit auch die Erfolgsbilanz von Bürgermeister Ufer.

Im gleichen Zeitraum des Abbaus von langfristigen Krediten um 5 Mio. haben jedoch die sogenannten Kredite zur Liquiditätssicherung von 2006 mit 7 Mio. auf 2013 mit 15 Mio. zugenommen. Dies führt uns deutlich vor Augen, das es so nicht weitergehen kann. Es handelt sich hier mittlerweile um ein langfristig aufgebautes Defizit, nicht um kurzfristige Liquiditätssicherung. Auch wenn das Haushaltsrecht Jahr für Jahr ein gewisses Defizit und einen Verzehr von Eigenkapital erlaubt, so sehen wir die Auswirkungen indirekt bei den Kassenkrediten. Wir sehen daher zu dem vom Kämmerer angestrebten Haushaltsausgleich definitiv keine Alternative. Das muß in den nächsten Jahren oberstes Ziel sein. Wir können das Limit für die Kassenkredite nicht nochmal erhöhen. Überhaupt gelingt die Finanzierung dieser Kredite nur durch das anhaltend künstlich niedrige Zinsniveau.

Wir werden weiterhin auf der Ausgabenseite Einsparmöglichkeiten suchen. Angesichts des bereits drastisch reduzierten Personals werden wir jedoch im besten Falle eine Konstanthaltung der Kosten erreichen können.

Die Kürzung freiwilliger Ausgaben für Hallenbad, Bücherei oder Jugendzentrum kommt für uns nicht in Frage, da dies die Attraktivität der Stadt beschädigen würde und damit zu noch stärker rückläufigen Einwohnerzahlen führen dürfte. Wie vom Kämmerer bereits vorgeschlagen halten wir darum die maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer sowie die stärkere Erhöhung der Grundsteuer für unumgänglich. Das ist sicher unpopulär, aber wir müssen es dem Bürger begreiflich machen. Wir müssen endlich anfangen, unsere Schulden auch selbst wieder zurückzuzahlen und nicht auf nachfolgende Generationen zu übertragen. Aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung werden diese noch weniger dazu in der Lage sein als wir. Also reden wir mit dem Bürger Klartext und packen wirs an.

Wir werden dem Haushalt zustimmen, auch wenn er im Detail aufgrund der aktuellen Schulentwicklung Fehler enthält, damit die Verwaltung handlungsfähig bleibt und wir wie geplant in diesem Jahr z.B. Straßen sanieren können.